Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 3.00 Mark, vierteljährlich 9.00 Mark, durch die Post 7.50 Mark ausschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter Saale-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1142 u. 7411, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Abend-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 30 Pf., und Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 90 Pf. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Gr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Märchenstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604

Nr. 34. | Halle, Mittwoch, den 21. Januar 1920. | Einzelpreis 15 Pfg.

Die Heimkehr der Gefangenen.

Aachen, 21. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) (B. Z.) Heute morgen gegen 6 Uhr traf der erste Zug mit 1000 deutschen Kriegsgefangenen in Herbisthal ein. Ihm folgte nach kurzer Zeit ein zweiter Zug mit weiteren 1000 Gefangenen. Ein dritter Zug wird in 4 Stunden an der Grenze erwartet. Damit hat endlich die nach Ueberwindung unzähliger Schwierigkeiten ins Werk gesetzte Heimführung unserer Landsleute aus Frankreich begonnen. Der erste Transport brachte Gefangene aus Lille, der zweite kam aus Noyon und der dritte kommt aus Albert. Während der erste Zug nach Jülich geht, und von dort aus seine Insassen entlässt, werden die anderen Züge nach Düren und Eschweiler geleitet werden. Die nächsten 12 Züge bringen Gefangene aus den verschiedensten Lagern im Osten Frankreichs.

Rückkehr von Geiseln.

Zürich, 21. Januar. (Eigene Drahtnachricht.) Heute werden endlich die von der belgischen Regierung festgehaltenen 20 Geiseln im Durchgangslager Jülich eintreffen und dem deutschen Lagerkommando übergeben werden.

Die Entente-Besatzung für Danzig.

WTB. **Danzig**, 20. Jan. Bei den Danziger Behörden sind bisher als demnächst eintreffende Besatzung für Danzig angemeldet worden: 188 Offiziere, 4788 Mann, außerdem 1200 Pferde. Die Truppen setzen sich im wesentlichen zusammen aus einem Korpsstab, einem Divisionsstab, zwei englischen Infanterie-Bataillonen und einem französischen Infanterie-Bataillon, einer Artillerie-Brigade mit vier Batterien, einem Maschinengewehr-Bataillon, zwei Pionier-Kompagnien, einer Sanitäts-Kompagnie, ferner aus zwei Feld-Lazaretten, zwei Proviantkolonnen, einer Fernsprech-Kompagnie, einer Kraftwagen-Reparaturwerkstatt und einem Pferdelazarett.

Weitere deutsche Kundgebungen in Westpreußen.

WTB. **Danzig**, 21. Januar. Die großdeutschen Kundgebungen im westpreußischen Abstimmungsgebiet haben gestern unter reger Beteiligung in den vier Kreisen Marienburg, Marienwerder, Stuhm und Rosenberg stattgefunden und einen ausdrucksvollen Verlauf genommen. Alle Versammlungslokale waren überfüllt. Es sprachen Redner aller in den Arbeitsgemeinschaften vereinigten politischen Parteien. In den Versammlungen in Marienburg wurden Entschließungen angenommen, die folgenden übereinstimmenden Wortlaut haben:

Mehrere Tausend Männer und Frauen, die heute in der alten Ordensstadt versammelt sind, geloben nach Inkrafttreten des Friedensvertrages noch einmal feierlichst, gleich ihren Vorfahren treues und einmütiges Festhalten am Deutschtum. Das westpreußische Abstimmungsgebiet ist urdeutscher Boden, durch deutsche Männer besiedelt und durch deutschen Fleiß, deutsche Tüchtigkeit und deutschen Ordnungssinn zu einer glänzenden und kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung gebracht. Dies urdeutsche Land, an dem wir mit jeder Phaje unseres Herzens hängen, wollen wir dem deutschen Vaterlande erhalten. Westpreußen ist eine Stätte deutscher Kulturarbeit. Die durch die Arbeit unserer Väter erworbenen Rechte können nicht erlöschen. Wir waren deutsch, sind deutsch und wollen Deutsche bleiben. Gott schütze Westpreußen.

Entschließungen des gleichen Inhalts sind auch in den übrigen Orten angenommen worden.

Beunruhigung in Ostpreußen.

WTB. **Berlin**, 21. Januar. Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt: In den abstimmenden Gebieten Ostpreußens ist eine Beunruhigung der Bevölkerung dadurch eingetreten, daß die Presse u. a. die „Danziger Allgem. Ztg." vom 24. Dezember 1919 in Nr. 299 eine Mitteilung aus angeblich zuverlässiger polnischer Quelle verbreitet, nach der sofort nach der Ratifikation des Friedensvertrages sechs Jahrgänge und zwar von 18 bis 24 Jahren zum Waffendienst einberufen werden würden. Diese etwa 15 000 Mann betragende Truppe soll, wie die Presse behauptet, zunächst als Grenzschutz Verwendung finden und später nach dem polnischen Kriegsschauplatz abtransportiert werden.

Der verbrecherische Eisenbahnanschlag bei Schneidemühl.

WTB. **Berlin**, 21. Januar. Die Eisenbahndirektion Osten setzt für die Ermittelung des oder der Täter des verbrecherischen Eisenbahnanschlages bei Schneidemühl eine Belohnung von 25 000 Mark aus.

Der Parteitag des Zentrums.

Berlin, 21. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) In der Mittwochsitzung des Reichsparteitages des Zentrums referierte zunächst der Abgeordnete **Braun** über die Parteiorganisation. Seine Ausführungen gingen sehr ins Einzelne und hatten im Großen und Ganzen nur internes Interesse. Besonderen Nachdruck legte der Redner auf die Feststellung, daß das Zentrum als christliche Volkspartei zwar einen religiösen Hintergrund habe, in erster Linie jedoch den Anspruch erhebe, eine politische Partei zu sein mit der Aufgabe, die Interessen des Vaterlandes und seiner gesamten Bürger zu wahren. Damit habe das Programm einen allgemeinen politischen und nicht etwa nur einen konfessionellen Charakter. Eine Konfessionierung der Partei würde sie zur Bedeutungslosigkeit herunterdrücken. Aus dem gegenwärtigen Chaos könne Deutschland nur mit Hilfe einer starken Mittelpartei herauskommen, aus der dann der Kern der zukünftigen Regierung zu bilden sei. Auch dieser Redner hielt die bayrischen Vorgänge nur für eine Episode, durch die der Reichszentrumsgedanke nicht erschüttert werden könne. Schließlich erläuterte er die Bedeutung der Parteipresse des Zentrums, für die es natürlich eine uneingeschränkte Preßfreiheit nicht geben könne.

Reorganisation der Eisenbahnhauptwerkstätten.

WTB. **Berlin**, 20. Januar. Gestern haben unter dem Vorsitz des Eisenbahnministers Oeser im Sitzungssaal des Potsdamer Bahnhofs Beratungen über die Neuordnung der Organisation der Eisenbahn-Hauptwerkstätten der preußischen Staatseisenbahnen stattgefunden unter Teilnahme von Abordnungen der Beamten und Arbeiter dieser Werkstätten, von Mitgliedern der Landesversammlung sowie führender Männer aus den Kreisen der Industrie und Wissenschaft. Vertreten waren ferner das Reichsverkehrsministerium und die außerpreußisch-deutschen Eisenbahnverwaltungen.

Der Versammlung lag eine nach den Weisungen des Ministers aufgestellte Denkschrift über die Neuordnung der Verwaltung der Eisenbahn-Hauptwerkstätten vor, die nach einem Ueberblick über die zur Zeit bestehende Organisation und ihre geschichtliche Entwicklung umfassende Vorschläge für eine Neuordnung des Werkstättenwesens macht. Aus diesen Vorschlägen ist besonders hervorzuheben, daß die Hauptwerkstätten der Eisenbahnen, unter denen sich Großbetriebe mit mehr als 5000 Arbeitern befinden, mehr als bisher selbständige Unternehmen werden sollen. An ihrer Spitze werden mit weitgehenden Befugnissen und eigener Verantwortung ausgestattete Leiter stehen, die das Werk in technisch-wirtschaftlichem Geist verwalten sollen. Durch eine sorgfältige Unkostenvermittlung wird die Wirtschaftlichkeit jeder Arbeitsausführung überwacht, um so die Leistungen der einzelnen Werkstätte mit denen anderer staatlicher Werkstätten und gleichartigen Industrieunternehmen vergleichen zu können.

Die Neuordnung soll gleichzeitig den Wünschen der Beamten und Arbeiter der Eisenbahnverwaltung entgegenkommen und jedem, der die erforderlichen Kenntnisse erworben und sich durch gute Leistungen hervorgetan hat, an die Stelle stellen, an der seine Arbeitskraft zur Steigerung der Arbeitsleistungen und zum Gedeihen des Werkes voll ausgenutzt wird.

Britische Niederlage an der indischen Grenze.

WTB. **London**, 20. Januar. Das Reutersche Büro erklärt, daß heute in London eintreffenden Nachrichten zufolge an der indischen Grenze ein schweres Gefecht stattgefunden habe, bei dem die britischen Verluste 380 Mann betrugen. Die Dersij-Kolonne, die in das Herz des Mahsudlandes vorrückte, stieß auf starken Widerstand. Die Führer der Aufständischen haben jetzt schriftlich um Einstellung des Fremdenvormarsches gebeten und erklärt, daß sie sich den ihnen gestellten Bedingungen fügen würden.

Französische Kämpfe mit Arabern.

WTB. **Rotterdam**, 21. Januar. „Times" melden, von arabischer Seite verlautet, daß wieder Gefechte zwischen Franzosen und Arabern stattfanden, wobei diese siegreich waren und französische Maschinengewehre erobert haben.

Die adriatische Frage.

WTB. **Paris**, 20. Jan. Nach einer Havas-Meldung hat die Belgrader Regierung zur Lösung der adriatischen Frage u. a. folgende Vorschläge unterbreitet: Südslawien verzichtet auf die Forderung der Herrschaft über Fiume und willigt ein, dies unter die Oberhoheit des Völkerbundes zu stellen. Ebenso soll Zara in Dalmatien als unabhängige Stadt und unter denselben Bedingungen wie Fiume unter die Oberhoheit des Völkerbundes gestellt werden. Die Inseln Lussin und Pelagos werden von Italien annektiert. Die Südslawen sind mit der Entmilitarisierung der adriatischen Inseln unter der Bedingung einverstanden, daß Lissa bei dem serbisch-kroatischen Staate verbleibt. Jede Aenderung der Wilsonschen Grenzlinien weist die Belgrader Regierung zurück. Bezüglich Albaniens wünscht sie, daß dessen Unabhängigkeit anerkannt werde.

Die Regierung hofft, daß diese Zugeständnisse in dem persönlichen Verhalten der italienischen Regierung, ebenso wie in der Rechtlichkeit der Alliierten ein Gegenstück finden werden.

Neuerungen in der Erwerbslosenfürsorge.

Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 15. Januar hat die bisher gültige Erwerbslosenfürsorge in wesentlichen Punkten eine bedeutende Aenderung erfahren. Danach wird als Ziel der Fürsorge die Beendigung der Erwerbslosigkeit durch Aufnahme von Arbeit bezeichnet. Wo dieses Ziel nicht erreicht werden kann, soll Unterstützung gewährt werden. Erwerbslose sollen grundsätzlich in ihren Wohnort vom 1. August 1914 zurückkehren. An einem anderen Orte darf ihnen die Fürsorge nicht länger als vier Wochen gewährt werden, es sei denn, daß sie in dem neuen Wohnort einen gemeinschaftlichen Hausstand begründet haben oder die Rückkehr an ihren früheren Wohnort tatsächlich undurchführbar ist. Das Fürsorgealter ist von 14 auf 16 Jahre heraufgesetzt. Ausländern wird nur bei verbürgter Gegenseitigkeit Erwerbslosenfürsorge gewährt. Dem Fürsorgeausschuß, dem die Durchführung der Erwerbslosenfürsorge unter Hinzuziehung von Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer obliegt, wird zur Pflicht gemacht, in engster Zusammenarbeit mit den Arbeitsnachweisen darauf hinzuwirken, daß den unterstützten Erwerbslosen mit tunlichster Beschleunigung geeignete Arbeit vermittelt wird. — Die Verordnung tritt am 1. Februar in Kraft.

Auslieferung und Regierungskrise.

Von unserer Berliner Redaktion.

Die Forderung der Auslieferung des Kaisers an Holland, dieses letzte Werk Clemenceaus, ist in einem so schroffen und Holland verletzenden Ton gehalten, daß wahre Neutralität Holland verpflichten müßte, diesen unzweifelhaften Eingriff in seine neutralen Rechte abzulehnen. Es ist bewiesen worden, daß mit dieser Note an Holland die Entente das Verbrechen beging, das sie Deutschland zum Vorwurf macht und über das alle Welt in der Belgienfrage Zeter schrie, während die Vergewaltigung Griechenlands z. B. stillschweigend hingenommen wurde. Vom völkerrechtlichen Standpunkt aus — und das Völkerrecht steht immer noch höher als alle sittlich klingenden und in Wirklichkeit übelste und demokratische Gewaltpolitik vertretenden Forderungen der Entente — muß und wird Holland die Auslieferung des deutschen Kaisers ablehnen, und eigentlich müßte die deutsche Regierung, da sie nach deutschem Recht allein deutsche Gerichte über deutsche Staatsangehörige aburteilen lassen kann, auch die Auslieferung derer ablehnen, die von der Entente vor ihre Gerichtshöfe gezogen werden sollen. Aber die deutsche Regierung hat trotz aller Warnungen der Demokraten damals durch ihre Unterschrift in Versailles diese völkerrechtswidrige Forderung anerkannt und die Konsequenzen sind von geradezu furchtbarer Art. Sie hat darauf vertraut, der Gegner werde nicht bis zum äußersten schreiten. Tut er es dennoch, dann haben wir eine schwere Regierungskrise und das Kabinett Bauer stände unbedingt vor dem harten Muß zurückzutreten, was nicht gerade den Frieden Deutschlands fördern würde. Da die Rechtsparteien sich ebenfalls der Auslieferung widersetzen würden, käme nur eine unabhängig-kommunistische Regierung in Frage, vielleicht mit etlichen mehrheitssozialistischen Ministern, die Deutschland noch mehr in Grund und Boden regieren würden, als es bisher die sozialistischen Ideen der Arbeiterschaft schon taten. Damit ist allerdings der Entente nicht gedient, weil nur ein wirtschaftlich kräftig werdendes Deutschland den Friedensvertrag erfüllen kann.

Wie wir erfahren, besteht in Regierungskreisen die Auffassung, daß ein Auslieferungsbegehren der Entente von dieser Regierung nicht befolgt werden könne. Ueberdies würde in Deutschland sich keine staatliche oder polizeiliche Instanz finden, die die Ausführung eines Auslieferungsbefehls und eine Verhaftung der sogenannten Schuldigen vornähme.

In Kreisen, die dem allmächtigen Herrn Erzberger nahestehen, war behauptet worden, es sei Aussicht vorhanden, daß die Entente sich auf einen Vorschlag der deutschen Reichsregierung einlassen würde, wonach die Beschuldigten von einem deutschen Gericht abgeurteilt werden sollten, zu dem Vertreter der Alliierten als Mitrichter zugelassen werden könnten. Die Entente hätte dann lediglich noch ihr Aktenmaterial solchen Gerichtshöfen zu übergeben. Dieser Vorschlag — wir wissen nicht, ob er tatsächlich gemacht worden ist — scheint ein echt Erzbergerisches Hilfsmittel gewesen zu sein. In Wirklichkeit ist man in Kreisen der Reichsregierung ehrlich davon überzeugt, daß das Auslieferungsbegehren dennoch erfolgt, und zu einem Vertreter der amerikanischen „United Preß" hat Reichskanzler Bauer sehr richtig erklärt, es könne ein Bürgerkrieg entstehen, wenn einige der Angeklagten gewaltsam ausgeliefert werden müßten. Was der deutsche Reichskanzler aber sonst gesagt hat, steht in einem solchen, wie wir versichern können, ausgeprägten Widerspruch zu der Auffassung der übrigen Mitglieder der Reichsregierung, daß es kaum verständlich ist, wie der deutsche Reichskanzler und Mehrheitssozialist Bauer solche Behauptungen aufstellen konnte. Herr Bauer sagte, die deutsche Regierung werde den Auszuliefernden Gelegenheit geben, sich den ausländischen Gerichten freiwillig zu stellen. Das heißt, die Angeschuldigten sollen sich opfern und ihren Feinden ans Messer liefern. Oder versteht Herr Bauer seine Worte über die Einsetzung unabhängiger Gerichtshöfe dahin, daß in Neutralien die Angeschuldigten sich zu verantworten haben? Von einem Manne in so verantwortlicher Stellung wie der des Reichskanzlers sollte man erwarten, daß er so schwerwiegende Aeußerungen nicht tut, ohne vorher über die Auffassung der übrigen Regierungsmitglieder sich zu informieren. Der Plan des deutschen Reichskanzlers ist völlig unhaltbar und würdelos. Man weiß, daß Herr Bauer kein Politiker ist, und wer diesen Mehrheitssozialisten bei großen Kanzlerreden sah, wie er sich an das Manuskript klammerte, sich also gewissermaßen auf die Reden seines Pressechefs verließ, der weiß, wie die Bauerschen Reden nicht Geist vom Geiste des Herrn Bauer sind, für den

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200121038/fragment/page=0001

ist diese ganze Unterredung mit ihren Wertnirtellen einfach ungehenerlich. Man könnte ihm Leichtfertigkeit vorwerfen, aber dieser Reichskanzler muß damit entschuldigt werden, daß er, wie Erzberger einst von einem alten Parlamentarier, dem Demokratenführer Dr. Friedberg, sagte, ein „politischer Säugling" ist. Durch solche Aeußerungen und Privatmeinungen des Herrn Reichskanzlers wird aber der klare Rechtsstandpunkt Deutschlands geradezu umgebogen. Denn die Regierung, die die Angeschuldigten gewissermaßen dem moralischen Druck aussetzt, sich selbst ans Messer der Feinde zu liefern, sich vor ein parteiisches Gericht zu stellen, wäre moralisch erledigt.

Die übrigen Mitglieder des Kabinetts Bauer werden ihrem Chef über seine Ungeschicklichkeit, um keinen schärferen Ausdruck zu gebrauchen, inzwischen sicherlich ernsthafte Vorstellungen gemacht haben. Aber daß diese Ungeschicklichkeit für Deutschland schwere und das deutsche Volk demütigende Folgen hat, wird sich vielleicht bald herausstellen.

Zukunftsaufgaben der Betriebsräte.

Von einem demokratischen Abgeordneten.

Die nunmehr endgültige Annahme des Betriebsrätegesetzes durch die Nationalversammlung legt nochmals die Frage vor, woraus die starken Gegensätzlichkeiten bei der Stellungnahme zu diesem Gesetz innerhalb der verschiedenen Volksschichten entstanden sind, und wie es möglich war, daß dieses Gesetz, das grundsätzlich auf der Produktionssolidarität von Arbeitgeber und Arbeitnehmer fußt, zu einem so scharfen Kampfobjekt der sozialen Klassen werden konnte.

Zweifellos ist ein gut Teil der Beschwerden der Arbeitgeberschaft, insbesondere der Industrie berechtigt. Es wird der größte innerpolitische Fehler der Mehrheitsregierung des vergangenen Jahres bleiben, nicht sofort nach Annahme der Verfassung an die Zusammensetzung eines vorläufigen Reichswirtschaftsrates geschritten zu sein, um dem Sachverständigen Gremium alle wirtschafts- und sozialpolitischen Gesetzentwürfe zu fachlicher und sachverständiger Beratung zuzuweisen. So hätte die Möglichkeit bestanden, erst mal eine obere wirtschaftspolitische Schulungsinstanz ins Leben zu rufen, deren Hauptaufgabe es gewesen wäre, die außerordentliche Bedeutung des Produktionsgedankens und die Verfehltheit der sogenannten Konsumentenpolitik den breiten Arbeitermassen vor Augen zu führen. Mit dieser Erkenntnis ausgestattet, wären die Arbeiter mit ganz anderen sachverständigen Voraussetzungen in das Mitbestimmungsrecht in den Einzelbetrieben getreten. Wenn die Industrie gegen einzelne besondere Bestimmungen, Bilanzvorlage, Vertretung im Aufsichtsrat usw., besonders scharf anrannte, so muß man doch ganz offen gestehen, daß diese Opposition einen etwas parteipolitischen Beigeschmack gehabt hat, und daß die Industrieführer sich damit ein schlechtes Urteil ausstellen würden, wenn sie wirklich glaubten, daß durch derartige Rechte der Arbeitnehmerschaft die Produktivität des Unternehmens ungünstig beeinflußt werden könne. Es wird sich ja in den kommenden Monaten erweisen, wie die praktische Auswirkung dieses Gesetzes für das Wirtschaftsleben sich gestaltet. Wir möchten unsererseits schon heute betonen, daß wir eine Gefährdung der Produktivität und damit eine Untergrabung der Kreditfähigkeit des deutschen Wirtschaftslebens keinesfalls befürchten, und daß wir sehr bedauern, daß eine fast über das Maß des Erlaubten hinausgehende einseitige Interessenpolitik die Gefahr heraufbeschworen hat, daß durch die Annahme des Gesetzes das Vertrauen des Auslandes in unsere wirtschaftliche Kraft und Wiederaufrichtungsfähigkeit erschüttert wird.

Die Opposition innerhalb der Arbeitnehmerschaft zeigt streng parteipolitische Tendenzen. Es ist einfach nicht wahr, daß das, was jetzt von unabhängig-sozialistischer und kommunistischer Seite dem Betriebsrätegesetz gegenüber gefordert wird, Forderungen der deutschen Revolution vom November 1919 (neunzehnhundertneunzehn) gewesen sind. Die Revolution war so ideenlos und so ausschließlich aus einer Militärrevolte geboren, daß die durchgreifende Sozialisierung und die Forderung der Diktatur des Proletariats seinerzeit gar nicht in der Oeffentlichkeit diskutiert wurden; wäre dies der Fall gewesen, so hätte sich die Revolution zweifellos nicht der intensiven und hingebenden Mitarbeit weiter nichtproletarischer Kreise erfreuen können. Es wird jetzt Aufgabe der Arbeiterführer aller Richtungen sein, darauf zu sehen, daß die unerhörte Kampfesstimmung, in der nunmehr dieses Gesetz geschaffen worden ist, sich nicht in seiner praktischen Auswirkung auswirkt, daß vielmehr ein ausschließlich dem produktiven Gemeinschaftsgedanken dienendes Instrument herausbildet, das die wichtigste Erziehungs- und Keimzelle für die Steigerung des Produktionsgedankens innerhalb der Volksgesamtheit darstellt. Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß nur dann das Gesetz den tieferen Inhalt und wesentlichen Kern des Rätegedankens überhaupt erfaßt, indem es durch höchstmögliche Produktionssteigerung eine gesamtwirtschaftliche Hebung der Volksgesamtheit herbeizuführen hilft.

Handwerkerfragen.

Von einem Mitglied der Demokratischen Fraktion der Preußischen Landesversammlung wird uns geschrieben:

Kurz vor den Weihnachtsferien hat die Fraktion der Deutschen demokratischen Partei in der Preußischen Landesversammlung eingehend über die Forderungen des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes verhandelt. Der Referent, Abg. Malermeister Joh. Düker, wies darauf hin, daß die Forderungen dieses Nordwestdeutschen Handwerkerbundes zum großen Teile bereits von der Demokratischen Fraktion vertreten worden und daß es ihr demnach leicht falle, Stellung hierzu zu nehmen. In der Lehrlingsfrage, wie auch zur Frage der Kommunalisierung hat die Fraktion im Handelsausschuß wie auch im Plenum geschlossen im Sinne des Handwerks gestimmt. Es ist das Verdienst des Abg. Dr. Crüger, die von der Volksvertretung angenommenen Anträge betreffend Förderung des Genossenschaftswesens, Vergebung von öffentlichen Arbeiten und Lieferungen an das Handwerk zu einem angemessenen Preis, betreffend Abbau der Zwangswirtschaft sowie über Ablehnung der Sozialisierung und Kommunalisierung des Handwerks formuliert zu haben. Durch die Annahme dieser, sowie einiger anderer Anträge im preußischen Parlament ist den Wünschen des Handwerks Rechnung getragen. Abg. Düker konnte auch hervorheben, daß die aus der Demokratischen Fraktion hervorgegangenen Minister, der Handelsminister Fischbeck und der Minister der öffentlichen Arbeiten Oeser, ihre Handwerkerfreundlichkeit durch die verschiedensten Erlasse bewiesen haben.

Die Forderungen des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes sind u. a. folgende:

1. Bildung eines interfraktionellen Handwerkerausschusses in der Landesversammlung.
2. Aufstellung von Handwerkerkandidaten bei Wahlen an aussichtsreicher Stelle.
3. Anerkennung und Hinzuziehung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks bei allen das Handwerk berührenden Fragen.
5. Weiterbestehen, Schutz und Ausbau der Handwerkskammern, Innungen und der Gewerbeordnung.

Entsprechend diesen Forderungen haben schon bisher Führer der Deutschen demokratischen Partei unter Berücksichtigung der Bedeutung des Handwerks gehandelt. Gibt es doch in Deutschland 140 000 selbständige Handwerksmeister, mit Familienangehörigen 4 Millionen. Sie machen also ein Fünftelstel des deutschen Volkes aus. Die Handwerksmeister beschäftigen 5 Millionen Gesellen und Lehrlinge. Ein selbständiger und unabhängiger Handwerkerstand ist deshalb aus nationalen, wirtschaftlichen und politischen Gründen unentbehrlich.

Verschiebung der Neuwahlen?

Berlin, 21. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Wie die „Deutsche Zeitung" von zuverlässiger Seite erfahren haben will, habe Erzberger sich dahin geäußert, daß die Wahlen zum neuen Reichstage erst Ende Juli oder Anfang August, vielleicht auch erst am Ende des Jahres stattfinden sollen.

Abschied von der Ostmark.

Meseritz, 19. Januar. Anläßlich der Uebergabe der rein deutschen Grenzgebiete an Polen kam es längs der ganzen neuen Front zu erhebenden und erschütternden Kundgebungen der ausgelieferten deutschen Bevölkerung, Stadt und Land bezeugten in immer erneutem Treuschwur ihr dauerndes Festhalten am Deutschtum, sie hegen die felsenfeste Hoffnung, daß der unmögliche Gewaltfrieden durch das Recht und die Selbstbestimmung ersetzt und daß die deutschen Grenzgebiete der Ostmark durch die bessere Einsicht in den Reihen unserer bisherigen Feinde schnellstens dem Mutterlande zurückgegeben werden.

In dieser Verbindung sei nochmals darauf hingewiesen, daß die urdeutsche Kreisstadt Meseritz auch nach der Abtrennung des größten Teiles der Provinz Posen an die Polen deutsch bleibt, politisch zu der neu gebildeten Grenzmark Posen–Westpreußen, Regierungsbezirk Schneidemühl, gehört und postalisch der Oberpostdirektion Frankfurt a. O. zugeteilt ist.

Der Düsseldorfer Militärbefehlshaber gegen den Streikterror.

WTB. Berlin, 21. Januar. Nach einem Düsseldorfer Telegramm der „Tel. Rdsch." hat der Befehlshaber von Düsseldorf eine Verordnung erlassen, in der jede gewaltsame Behinderung an der Arbeit strengstens verboten wird. Gegen Terroriste werde künftighin militärisch eingeschritten werden. Politische Streiks und Streikpostenstehen werden untersagt.

Der Herausgeber der „Räte-Zeitung" verhaftet.

WTB. Berlin, 21. Januar. Wie die Morgenblätter melden, hat die Kriminalpolizei die Druckerei geschlossen, in der in Berlin die „Rote Fahne", Flugblätter der U. S. P. D. und der kommunistischen Partei, sowie jene Hetzschriften hergestellt wurden, die zur Aufwiegelung der Massen und somit zu den bedauerlichen Vorgängen von dem Reichstag am 13. Januar führten. Der Besitzer der Druckerei hatte keine Ahnung von dem Mißbrauch seines Betriebes, da die genannten Druckschriften nur nachts hergestellt wurden. Die beiden Hauptbeteiligten wurden verhaftet. Ebenso wurde gestern abend der Herausgeber der „Räte-Ztg." Dr. Alfons Goldschmidt verhaftet.

Riesige Eisenbahndiebstähle in Sachsen.

Dresden, 20. Jan. Ueber die rapide Entwicklung der öffentlichen Unmoral geben folgende statistische Zahlen über Diebstähle im Bereich der sächsischen Staatseisenbahnen Auskunft. 1913 wurden 295 000 Mk. Entschädigung gezahlt, 1914 — infolge des durch die Mobilmachung verringerten Verkehrs — 191 000 Mk., 1915: 255 000 Mk., 1916: 450 000 Mark, 1917: 2 086 000 Mk., 1918: 5 259 000 Mk.

Holländische Blätter gegen die Auslieferung des Kaisers.

Amsterdam, 20. Jan. „Telegraaf" meldet, daß an maßgebenden niederländischen Stellen die Ansicht vorherrscht, daß die Auslieferung des vormaligen deutschen Kaisers nicht stattfinden dürfe. „Nieuwe Rotterd. Courant" schreibt, man habe stark den Eindruck, daß das Vorgehen gegen den Kaiser mehr auf Völkerhaß als auf Erwägungen über Menschenrechte zurückzuführen sei. Das Blatt weist darauf hin, daß bei dem Prozeß die gesamte schmutzige Wäsche der europäischen Politik vor 1916 zum Vorschein kommen werde und daß die Flamen des Hasses hochschlagen würden. Holland könne dem allgemeinen Zusammenleben keinen größeren Dienst erweisen als wenn es sich weigere, den Kaiser auszuliefern.

Clemenceau schmollt.

Paris, 21. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Es verlautet, daß Lloyd George den Wunsch geäußert habe, daß Clemenceau Präsident der Friedenskonferenz bleiben solle, er habe aber abgelehnt.

Der Mailänder Eisenbahnerstreik.

WTB. Mailand, 20. Januar. Der erste Streiktag der Eisenbahner hat überall nur teilweisen Erfolg zu verzeichnen. Der Verkehr konnte größtenteils mit Hilfe von Truppen aufrecht erhalten werden. Der Streik wird von der ganzen Presse mit Ausnahme des „Avanti" allgemein bedauert. — Der Präsident der Provinz Mailand hat alle Versammlungen unter freiem Himmel verboten und die Schließung aller Läden um 8 Uhr abends angeordnet.

Ein neues Geistesleben.

Von Fritz Franke, Halle.

Trotz des sich immer furchtbarer auswirkenden äußeren Zusammenbruchs — vielleicht auch gerade infolge desselben — hat das vergangene Jahr eine Fülle von geistigen Anregungen unserer Stadt gebracht. Aber zu wenige Menschen haben dabei das Wesentliche empfunden, auf das es ankommt.

Ein neues Geistesleben regt sich allenthalben, deutlich vorerst auf dem Gebiete der Kunst, und je weiter unser äußerer Einsturz um sich greift, um so klarer wird das neue Geistige werden, wie die Flammen heller, gewaltiger, sich einander aus einem brennenden Gebäude herausschlagen, wenn seine äußeren Mauern geborsten sind und stürzen. Es ist ein Geistesleben, das nichts zu tun hat mit der Geisteszucht, die uns heute als höchstes Gut die Anhäufung von Wissensstoff und die Steigerung von materialistisch-technischen Fertigkeiten empfiehlt. Wir wissen und können heut viel — aber was wissen wir einer vom andern? Was wissen wir von jenen Kräften, die, den äußeren Sinnen nicht wahrnehmbar, aus uns wirken und die lebendig sind im geistigen Leben?

Und doch haben wir alle schon einmal diese Kräfte — unbewußt vielleicht — verspürt; und gerade in den letzten Monden des abgelaufenen Jahres haben wir sie besonders stark empfunden, ohne uns vielleicht über sie klar zu sein. Auf vier Ereignissen in unserm Kunstleben möchte ich zurückblicken: auf die Haas-Berkow-Spiele, auf das Puppenspiel des Bildhauers Weidanz in der Kunstschule, auf die Ausstellung der Arbeiten der Kinderklasse ebendort und auf die Hallische Kunstausstellung.

Die weitesten Wirkungen innerer Durchwühlung brachten die Haas-Berkow-Spiele. Waren wir einmal beklemmt genug, uns zu fragen, warum sie uns so tief erschüttert haben? Weil hier Menschen nicht von äußerer Technik schauspielerischen Könnens getragen in eine „Rolle" hineintraten, eine stoffliche Form geistig belebten, sondern weil hier Menschen, die auf dem Grunde eines seelisch-geistigen Welterlebens ringen um Weltanschauung, uns die geistigen Wesensträfte, die in den dargestellten Gestalten ruhen, durch die Anspannungen eines zu innerster Kraft gesammelten seelischen Wollens übertrugen, falls wir wie Kinder vor sie hintraten und sagten: „Nun gib uns — wir sind willig zu nehmen."

Wir haben durch unsere Erziehungs- und Lebensarten gelernt, an alles Neue, vor allem an Kunst herzuzutreten mit dem Denken: „Wie wird es mir gefallen?" Und unser Maßstab dafür war ein fertentwickelter Begriff von dem, was „schön" sei und von dem, was Kunst „solle" und „müsse". Nicht aber die Kunst „muß", sondern der Künstler. Er schafft nicht irgend eine „schöne" Form nach unseren Wünschen — die Form ist gewissermaßen nur das vermittelnde Schriftzeichen — er schafft ein Geistiges aus einem inneren Zwange heraus, sofern er wahrer Künstler ist. Und wenn wir mit dem rechten Maßstabe vor sein Werk treten wollen, so muß es der sein: „Nun laß es still in mir werden, und rede du zu mir. Alles will ich ausschalten, was an alten, kritischen Denkgewohnheiten in mir den Mund öffnen will. Nur du sollst zu mir sprechen, Geist aus dem geschaffenen Werk!" Wenn wir mit diesem Maßstabe vor ein wirkliches Kunstwerk treten, dann beginnt es zu reden von Dingen, deren überwältigende Neuheit wir voll kindlichen Staunens erleben.

So ging es mir und vielen, die noch vor kurzem über „Expressionismus" hohnlächelten, vor manchem Werk der vielumstrittenen Kunstausstellung. Denn es waren Dinge darunter, die dem, der Selbstzucht genug besaß, auch einmal zuhören zu können, wirklich etwas zu sagen hatten.

Aehnlich verhält es sich mit dem Weidanzschen Puppenspiel bei dem Molièrestück. Ich will von den darin verwendeten „expressionistischen" Puppen (die besser geführt und besser gesprochen werden konnten) nur die beiden Philosophen herausheben, um zu zeigen, was gemeint ist; und zum Vergleich will ich erinnern an das Puppenspiel im Magdeburgal: in diesem der Mitte zu höchster formaler Lebhaftigkeit mit menschlichem Gesichts- und Bewegungsausdruck — in den Weidanzschen Philosophen nur eine menschenähnliche Grundform, die uns dartut, daß wir's mit Menschen zu tun haben, denk aber sind sie ganz Gefäß eines seelisch-geistig n Wesenswertes von ausgeprägtester Deutlichkeit; und dieses Gefäß ist in seiner Form zwingend bestimmt durch einen geistigen Inhalt, hier ist nicht in einer Nußschale ein Pflaumenkern, sondern die Schale ist um den Kern und mit ihm gewachsen und auch äußerlich Ausdruck des Wesens der Frucht. Diese Kunst ist nicht Darstellung von größtmöglicher Naturähnlichkeit, durch die uns gewisse naturverwandte Stimmungen ausgelöst werden, sondern Kunst ist Ausdruck eines seelischen Wesens, das sich beim wahren Künstler seine wesenhafte Form erzwingt. Und es ist belanglos, ob wir diese Form nach unsern gewohnten Denkbegriffen „schön" finden, wenn sie nur uns das Geistige überträgt, das „im Künstler schuf".

Wir sind zum Teil zu alt, um umzulernen; jedenfalls ist dies Scheingeständnis die bequemste Lösung für manchen. Aber in der Jugend beginnt das neue Geistesleben sein Wachstum, in ihr blüht es reicher schon, als die Aelternden ahnen, und hat Frucht angesetzt, die reifen wird. Wer das nicht glauben wollte, dem hätte es unter anderem werden können in der Ausstellung der Kinderklasse der Kunstschule. Nicht durfte man allerdings hindurchgehen mit dem Denken: „Dies soll ein Luftschiff sein — das ist ein Blütentranz — so sieht doch ein Löwe nicht aus." Sondern man mußte die schaffenden Kräfte spüren, die zu dem fertigen Werk geführt hatten: wie da das Können, die Technik, die Form ganz unwesentlich geworden war vor dem Wissen, ein geistig Geschautes hervorzubringen; wie da einfach Dinge entstanden, ohne daß das kleine schaffende Wesen wußte, wie es kam. Kein theoretisches Wissen, kein Intellektuelles hemmte du, und eben darum wurde der Stoff, die Materie auch selten zum Stein des Anstoßes, weil hier ursprüngliche, unverzogene Werdekraft am Werke war. Unmöglich manchmal die Form, aber fast immer wesentlich der geistige Kern getroffen, und vor allem fiel auf ein aus innerer, seelischer Anschauung stammendes Farbengefühl, das oft geradezu rhythmische Empfindungen auslöste.

Ich glaube, all diese Beispiele beweisen klar genug das Lebendigwerden neuer Geisteskräfte in unserer Zeit. Und sie stellen uns alle, vor allem aber die Kunstkritik vor ganz neue innere Aufgaben. Wir müssen verlernen, vor jedem Kunstwerk über seine Form und seinen Inhalt — meist ist es der „äußere" Inhalt — gleich daraufloszureden. Wir müssen lernen, still zu sein und die Dinge reden zu lassen; und dann müssen wir versuchen, aus dem uns sich erschließenden Verständnis andere hinzuführen auf das Wesentliche, auf die Wege zum Erfassen geistiger Strömungen die aus dem Kunstwerk quellen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19200121038/fragment/page=0002